

## Zehn unangenehme Wahrheiten

1. 2010 nimmt die US-Regierung fast so viele Schulden auf wie der Rest der Welt zusammen. Washingtons Anteil liegt bei 45 Prozent, der deutsche bei fünf Prozent. (Quelle: International Monetary Fund).
2. Die Gesamtverbindlichkeiten der Vereinigten Staaten (inklusive Firmen- und Privatschulden) haben 360 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht. (Quelle: Pimco).
3. 33 von 50 US-Bundesstaaten sind nicht mehr in der Lage, Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Die Fonds sind aufgebraucht. (Quelle: National Employment Law Project).
4. Die Krise im privaten Häusermarkt weitete sich aus: Experten rechnen trotz milliardenschwerer Stützungsaktionen in diesem Jahr mit 3,8 Millionen Zwangsvollstreckungen, 36 Prozent mehr als im Vorjahr. (Quelle: Realty Trac).
5. Die Preise von Gewerbeimmobilien sind seit 2007 um mehr als 40 Prozent gefallen, fast jedes fünfte Bürohaus im Land steht leer. 1,4 Billionen Dollar an Darlehen müssen bis 2014 refinanziert werden. (Quelle: Congressional Oversight Panel).
6. Im ersten Quartal 2010 gab es 388000 Privatinsolvenzen, so viele wie noch nie seit Verschärfung des Konkursrechts 2005. Die Zahl der Anmeldungen liegt rund 15 Prozent höher als 2009. (Quelle: American Bankruptcy Institute).
7. Offiziell wird die Arbeitslosenrate mit 9,7 Prozent angegeben. Die Quote der erwerbsfähigen Amerikaner, die in der vergangenen Woche arbeitslos oder unterbeschäftigt waren, liegt jedoch bei 18,4 Prozent - also fast doppelt so hoch. (Quelle: Gallup).
8. Knapp 40 Millionen Amerikaner sind auf Essensmarken des Landwirtschaftsministeriums angewiesen, etwa jeder achte Bürger. Experten erwarten einen Anstieg auf mehr als 43 Millionen in 2011. (Quelle: U.S. Department of Agriculture).
9. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander: Zwei Drittel der Einkommenszuwächse zwischen 2002 und 2007 landeten bei einem Prozent der Bevölkerung: den Superreichen. (Quelle: Piketty/Saez-Studie, Universität Berkeley).
10. In diesem Jahr wird das Sozialversicherungssystem zum ersten Mal mehr Beiträge auszahlen, als es an Steuern einnimmt. Das sollte eigentlich erst 2016 eintreten. (Quelle: US-Kongress)

*Dörner, A.  
Benders, Rolf  
Eberle, Matthias*